

Die deutsche Rettung der griechischen Bankgläubiger

Hans-Joachim Dübel
Finpolconsult, Berlin

27.8. 2013

(Handelsblatt vom 29.8.2013)

Es wird viel über einen neuen Finanzierungsbedarf Griechenlands diskutiert. Kaum etwas hört man dagegen zur Frage, wer bisher von den Hilfen der Steuerzahler profitiert hat.

Rund ein Viertel der Kredite der Eurozone und des Internationalen Währungsfonds (IWF) an den griechischen Staat, über 50 Milliarden Euro, kommen Gläubigern griechischer Banken zugute. Sie finanzieren umfangreiche staatliche Rekapitalisierungen, die im Mai 2013 vorerst abgeschlossen wurden. Notwendig war die Hilfe unter anderem durch den ersten Schuldenschnitt, der den vier griechischen Großbanken 28 Milliarden Verluste beibrachten

Zusätzliche Gelder kamen von der Europäischen Zentralbank (EZB). Bereits zu Beginn der Schuldenkrise 2010 und 2011 ergriffen die institutionellen Gläubiger griechischer Banken die Flucht. Die EZB gab alleine den vier Großbanken bis Ende 2012 zur Deckung 110 Milliarden Euro an Kredit. Das gesamte Bankensystem wird zusammen mit den Kapitalmaßnahmen rund 200 Milliarden Euro erhalten. Dabei gilt: je mehr Geld in die Rekapitalisierung gesteckt wird, umso sicherer sind die EZB-Forderungen.

Warum aber finanzieren nicht die Bankgläubiger die Kapitallücken und tragen die Verluste, die sich Größenordnungen von 70 Prozent bewegen. Dazu weist eine von mir vorgelegte Studie nach, dass nicht nur die Gläubiger vorrangiger Bankschulden und Einlagen griechischer Banken vollständig von einem Beitrag entbunden wurden. Auch die Gläubiger nachrangiger Bankschulden, die in einer Insolvenz nach den Aktionären ihr Kapital vollständig verloren hätten, kamen großteils davon. Von den Ende 2011 noch vorhandenen 3,5 Milliarden Euro Nachrangkapital der vier Großbanken werden voraussichtlich zwei Milliarden Euro an die Gläubiger bar ausgezahlt werden, in vielen Fällen zuzüglich Zinsen.

Der Grund für diese Situation ist, dass mit dem griechischen Staat keine verpflichtende Gläubigerbeteiligung vereinbart wurde. Diese Vorgaben wurden nicht geändert, als die Eurozone in Spanien im Juli 2012 die Beteiligung nachrangiger Gläubiger durchsetzte, oder als man im März 2013 in Zypern sogar vorrangige Gläubiger und Einleger an den Rettungskosten beteiligte.

In Griechenland werden die Gläubiger also nur etwa um sieben Prozent der Kapitallücke der Banken abdecken. Hinzu kommt ein privater Beitrag in etwa gleicher Höhe durch neu ausgegebene Aktien. Dieser wird den Investoren durch attraktive Optionen auf die vom Staat gehaltenen Aktien versüßt. Der Staat zementiert damit seine eigenen Verluste. Spanien erwirtschaftet dagegen durch die Gläubigerbeteiligung 25 Prozent des Rekapitalisierungsbedarfs seiner Banken und Zypern bei der Bank of Cyprus fast 100 Prozent.

Das Hauptmotiv für das griechische Vorgehen war, dass Bankgläubiger von einem Staatsschuldenschnitt ausgenommen werden sollten. Etwa 70 Prozent der Verluste durch den Schuldenschnitt werden den Banken faktisch vom Staat zurückerstattet. Die Motive auf europäischer und insbesondere deutscher

Seite bleiben dagegen im Dunkeln. Der Bundesfinanzminister steht nun vor der Herausforderung eines möglichen neuen Schuldenschnitts Griechenlands, weil man den alten Schuldenschnitt nicht konsequent durchgeführt hat